

## Antrag an das 28. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller_innen:	Linke Liste, Bengt Rüstemeier, Benjamin Kley, Benny Werner	
Datum	12.5.2021	
Nr. und Datum der Sitzung	7	12.5.2021
Tagesordnungspunkt (vom Präsidium auszufüllen)		

### I. Antragsgegenstand

Initiativantrag – Resolution gegen Franziska Giffey

### II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

#### 1. Resolution gegen Franziska Giffey

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin fordert Bundesministerin Franziska Giffey auf, im Falle der Aberkennung ihrer Promotion durch die Freie Universität von ihrem Amt als Bundesministerin zurückzutreten. Das Studierendenparlament rät Bundesministerin Giffey im unglücklichen Falle der Wahl zur Regierenden Bürgermeisterin nachdrücklich davon ab, zugleich das Ressort Wissenschaft und Forschung zu übernehmen.

Bereits mit ihrer öffentlichen Stellungnahme über die erneute Prüfung ihres Promotionsverfahrens im November 2020 hat Bundesministerin Giffey ihre geringe Wertschätzung für wissenschaftliche Arbeit *arte legis* erklärt. Hervorzuheben wäre im Falle ihrer Ernennung zur Senatorin für Wissenschaft und Forschung allerdings das endlich offene – wenn auch ungewollte – Aufzeigen, dass weder die Exzellenzansprüche noch die Selbsternennung Berlins zur „Brain City Berlin“ für Qualität von Lehre und Forschung geschweige denn die Verbesserung und Stärkung der Studien- oder Mitbestimmungsbedingungen der Hochschulmitglieder stehen.

Im Falle einer Wahl Giffey zur Regierenden Bürgermeisterin und/oder einer Ernennung zur Senatorin für Wissenschaft und Forschung ist eine weitere Verschlechterung der Studienbedingungen und nach Steffen Krach eine abermalige Einschränkung demokratischer Rechte der Studierenden zu befürchten.

#### 2. Umsetzung des Beschlusses

Das Präsidium wird beauftragt, die Resolution an Franziska Giffey, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, zu übermitteln.

### III. Begründung

Bundesministerin Giffey hatte 2019 angekündigt, ihr Ministeramt zur Verfügung zu stellen, falls ihr der akademische Titel aberkannt wird.<sup>1</sup> Im November 2020 hatte Giffey über den Twitter-Account

---

<sup>1</sup> Vgl. Rutz, Giffey wird erneut von Affäre um Plagiate in ihrer Doktorarbeit eingeholt, ND v. 11.5.2021, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1151901.franziska-giffey-giffey-wird-erneut-von-affaere-um-plagiate-in-ihrer-doktorarbeit-eingeholt.html> [12.5.2021].

der SPD Berlin eine Stellungnahme zu der erneuten Prüfung ihres Promotionsverfahren veröffentlicht.<sup>2</sup>

Zu den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis vgl. § 2 der entsprechenden Satzung der HU.<sup>3</sup>  
Weitere Begründung erfolgt mündlich.

## **VI. Kontaktmöglichkeit zu den Antragsteller\_innen**

[ruestemb@hu-berlin.de](mailto:ruestemb@hu-berlin.de); PGP-Schlüssel: <https://hu.berlin/pgp>

---

<sup>2</sup> SPD Berlin auf Twitter am 13.11.2020, <https://twitter.com/spdberlin/status/1327312052344467457> [12.5.2021], und am 14.11.2020, <https://twitter.com/spdberlin/status/1327579145392566277> [12.5.2021].

<sup>3</sup> § 2 Satzung der HU zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens, AMB Nr. 06/2014, [https://gremien.hu-berlin.de/amb/2014/06/06\\_2014\\_20140130%20Beschlussversion%20Satzung%20Wissenschaftliches%20Fehlverhalten\\_DRUCK.pdf](https://gremien.hu-berlin.de/amb/2014/06/06_2014_20140130%20Beschlussversion%20Satzung%20Wissenschaftliches%20Fehlverhalten_DRUCK.pdf) [12.5.2021].